

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Banffont: Geb. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Bezugspreis einschließlich Gringerlobn monatlich 200,- M. durch die Post
bezogen monatlich 200,- M. unter Kreuzband für Deutschland monatlich
800,- M. Einzelnummer 12,- M. Sonnabendnummer 15,- M.
Telegramm - Adress: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 geplante Komparellzeile 85,- M. die 8 geplante
Reklamezeile 120,- M. auswärts 40,- u. 130,- Ausland 200 und 400 M.
Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Szenen- und
Werbeblätter 25 Prog. Rabatt. Für Preisniedrigung 10 M.

Nr. 267

Dresden, Donnerstag den 16. November 1922

33. Jahrg.

Die ungelöste Krise

Kapitalistische Machtgeltüste

Es ist heute noch in keiner Weise abzusehen, wie die Krise in Berlin gelöst werden soll. Das Zentrum hat erklärt, dass es keine Vorschläge für die Nachfolgekraft Wirths machen und auch keinem seiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitglieder erlaubt würde, das neue Kabinett zu bilden. In einer Besprechung der Parteiführer mit dem Reichspräsidenten soll die Meinung vorgeherrscht haben, dass man nur mit einem sogenannten Kabinett der Verfolgungen die Lage meistern könne, und in der Deutschen Volkspartei wird die Meinung vertreten, dass ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft die glücklichste Lösung der Regierungskrise sei. Die Deutschnationalen stellen für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne die Sozialdemokratie ihre Unterstützung in Aussicht.

In der demokratischen Presse werden der Sozialdemokratie schwerer Vorwürfe deswegen gemacht, weil sie es zu einer derartigen Regierungskrise habe kommen lassen und sich geweigert habe, sich auf einem Kabinett der großen Koalition zu beteiligen, für das angeblich die Grundlagen durch die Einigung über die Reparationsfragen gegeben seien. Es ist aber eine vollkommenen Entstehung der Tatsachen, wenn es so dargestellt wird, als wenn wirklich die Grundlagen für ein Zusammensetzen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie im Reiche gegeben seien. Es ist im Gegen teil nicht die geringste Aussicht vorhanden, dass zwischen den treibenden Meinungsverschiedenheiten der beiden Parteien auch nur vorübergehend ein Ausgleich geschaffen werden kann, der es ermöglicht, dass man eine Zeitlang im Reiche mit einem Erfolg zusammenarbeitet. Die Deutsche Volksdemokratie darf gar nicht daran, Begründisse an die Sozialdemokratie zu machen.

Das Großkapital hat auf wirtschaftlichem Gebiet seine Macht und seinen Einfluss in den letzten Jahren gewaltig gesteigert, und die Herren von der Deutschen Volkspartei wollen nun daran die politischen Konsequenzen ziehen. Sie wollen zur Macht, und zwar selbstverständlich deswegen, damit im Reiche die Politik des Großkapitals betrieben wird. Die Deutsche Allgemeine Zeitung lädt auch ganz offen durchblättern, worum es sich für die Deutsche Volkspartei handelt. Das Blatt schreibt:

Man will nicht mit der Volkspartei in einem Kabinett sitzen. Sie ist den Herrschäften zu "kapitalistisch". Das eine Regierung ohne Volkspartei, ohne den ausgeprochenen Kapitalismus auf die Dauer unmöglich ist, hat man, wie es scheint, aus den letzten vier Jahren immer noch nicht begriffen. Sie ist noch "unmöglich", als es eine Regierung ohne oder gar gegen die Arbeiter wäre. Die Wirtschaft, die Industrie im besonderen, ist einer der ganz wenigen Kästen, die sich bisher, wenn auch nicht als umgefährdet, so doch als immerhin solide und widerstandsfähige Träger unsrer Zukunft erwiesen haben.

Das Zentrum aber, das auch stark unter kapitalistischen Einfluss steht, und die kapitalistisch verfeindeten Demokraten leisten der Deutschen Volkspartei Hilfe, um den Einfluss der Sozialdemokratie zu schwächen. Die Deutsche Volkspartei identifiziert jetzt sogar zu glauben, stark genug zu sein, um mit Hilfe des Zentrums und der Deutschnationalen, ohne die Sozialdemokratie zu regieren. Die Herren vom Kapital gehen aufs Ganze. Der Einfluss der Sozialdemokratie soll möglichst völlig beseitigt werden. Wie schon früher bei Regierungskrisen, ist jetzt wieder von dem sogenannten Kabinett der Persönlichkeiten die Rede. Ein nichts anderes sein, als ein Parteikabinett unter anderem Männer, die man zu Ministern machen kann, müssen doch sowohl politisch interessiert sein, dass sie entweder einer politischen Partei angehören oder wenigstens einer bestimmten politischen Partei nahestehen. Wollen die Parteien dann in der Öffentlichkeit erklären, was sie wollen. Die sogenannten Persönlichkeiten in der Regierung würden doch als Vertreter bestimmter Parteien angesehen werden, und tatsächlich auch als Vertreter der Anschaulungen der Parteien in der Regierung wirken.

Auch jetzt spielt man wieder mit dem Gedanken, herz zu legen. Aber es ist sehr die Frage, ob man unter den sogenannten Wirtschaftsführern überhaupt Männer findet, die zur Führung der politischen Geschäfte des Reiches geeignet sind. Die Erfahrung hat immer wieder gezeigt, dass auch herborragende Geschäftsführer oft sehr schlechte Wirtschaftspolitiker sind, weil sie die Wirtschaftsfragen häufiig nur vom Standpunkt ihres Geschäfts aus zu betrachten vermögen.

Außerdem ist es sehr fraglich, ob wirklich Leute, die im Ministerposten bereit finden. In der Regel dürften es die Herren ablehnen, für ein Ministergehalt zu arbeiten, und die glänzenden Einnahmen, die sie gewöhnlich in der Wirtschaft haben, aufzugeben, um vielleicht einige Monate oder Wochen Minister zu sein. Die Kapitalmagnaten würden sich wahrscheinlich damit begnügen, ein paar bessere Kommiss in die Regierung hineinzufinden.

Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich noch wie vorbereitet, auch in Zukunft die Last der Verantwortung mitzutragen. Nur muss ihr die Sicherheit gegeben sein, dass von

der künftigen Regierung eine Politik getrieben wird, die den Forderungen der Sozialdemokratie einigermaßen Rechnung trägt, sonst hat die Teilnahme unserer Partei an der Regierung keinen Sinn.

Eine Erklärung des Zentrums

Berlin, 15. November. Die Zentrumsfaktion des Reichstages lädt eröffnet: Die Faktion hat sich am Mittwoch morgen mit der durch die Dimission des Kabinetts Wirth geschaffenen Lage beschäftigt. Die Faktionen des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei haben angekündigt, dass sie die außen- und innerpolitischen Erfordernisse eine große Koalition verlangt, für die der Boden durch die vorangegangene gemeinsame außen- und innerpolitische Arbeit gegeben war. Die Vereinigte Sozialdemokratie hat diese politische Gemeinschaft abgelehnt. Die einmütige Auffassung der Zentrumsfaktion geht dahin, dass nach dieser innerpolitischen Entwicklung der letzten Tage der Zentrumspartei keinerlei Initiative bei der Neubildung des Kabinetts aufzufinden ist. Den bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth haben die Zentrumsfaktionen des Reichstages und die übrigen Parteien instanz noch fürztlich ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert. Viel mehr hat die leste außenpolitische Tatsche die Regierung Wirth, namentlich die letzte Rolle an die Reparationskommission am 18. d. M. wiederum die ungeteilte Zustimmung der ganzen Zentrumsfaktion, wie überhaupt die Auffassung der Faktionen von der Deutschen Volkspartei bis einschließlich der Vereinigten Sozialdemokratie gefunden. Das einzige Erreichte an der gegenwärtigen verworrenen politischen Lage ist, dass dieser außenpolitische Erfolg durch die innerpolitischen Schwierigkeiten, für die die Zentrumsfaktion keinerlei Verantwortung trifft, nicht beeinträchtigt werden möchte.

Die Sehnsucht der Deutschen Volkspartei

Über die Stellung der Faktion der Deutschen Volkspartei, die gestern vormittag zu einer Sitzung zusammenkam, zur Kabinettssitzung teilte die Zeit mit, dass in der Faktion vormiegend die Meinung vertreten wurde, dass ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft wohl die glücklichste Lösung der Regierungskrise sei, da es die Möglichkeit hätte, alle Kräfte einheitlich zusammen zu fassen und einzufeuern. Diese Möglichkeit liegt vor allen Dingen vor bei der Besetzung der Ministerien des Auswärtigen, der Wirtschaft und der Finanzen. Unter diesen Umständen habe man auch die allergrößten Bedenken gegen eine etwaige Zurücksetzung des bisherigen Reichswirtschaftsministers auf diesen Posten. Die Auffassung dieses Ministeriums müsste ebenso wie die des Verkehrs- und Postministeriums in Kauf genommen werden. In diesem Hände gelegt werden. Wie das Blatt weiter schreibt, scheint bei der zunächst beschäftigten Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten geplant zu sein, die in den letzten Reparationsnöten niedergelegten Zeitsäfe als programatische Grundsätze anzunehmen. Die Kreuzzeitung stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne Sozialdemokratien die Mitarbeit der Deutschnationalen in Aussicht.

Sprengung der Koalition in Preußen?

Wie die R. P. R. hören, hat der Faktionenvorstand der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag am Montag dem preußischen Ministerpräsidenten erklärt, dass die Faktion für den Fall, dass im Reiche die große Koalition nicht aufzustehe komme, in Preußen die Konsequenzen ziehen will.

Die notwendige Arbeiterregierung

Verschiebung der sächsischen Mandate

Durch das endgültige sächsische Wahlergebnis, das gestern verkündet wurde, wird das vorläufige Resultat, das für nach der Wahl amtlich maßgeblich werden ist, in seinen Schlusswirkungen erheblich korrigiert. Während bisher 41 Sozialdemokraten und 18 Deutschnationalen als gewählt galten, entfallen nach dem endgültigen Ergebnis auf unsere Partei nur 40, auf die Deutsche Volkspartei dagegen 10 Sitze. Als neunzehnter Volksparteier tritt der "Hofzimmermeister" Noack in Dresden aus dem Wahlkreis Dresden-Bautzen in den Landtag ein, während aus der sozialdemokratischen Faktion der Genosse Walter Köhler, Schöflemacher in Wittenstein (Wahlkreis Chemnitz-Zwickau), ausscheidet.

Durch diese Verschiebung ist zunächst die sozialistische Mehrheit im neuen Landtag etwas zurückgegangen. Es stehen nunmehr 50 sozialistische Abgeordnete 48 bürgerliche gegenüber. Immerhin ist diese Mehrheit noch immer um zwei Mandate stärker, als es die sozialistische Mehrheit im alten Landtag war, in dem befürchtet 49 Sozialdemokraten und Kommunisten 47 Vertreter der bürgerlichen Parteien gegenüberstanden. Die Verstärkung der Linken ist jedenfalls immer noch so erheblich, dass eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung auf einem durchaus gesicherten Boden stünde.

Dagegen ist die von großen bürgerlichen Kreisen gehegte Hoffnung, dass sich bei einem Scheitern der sozialdemokratisch-kommunistischen Verhandlungen die Möglichkeit einer sozialdemokratisch-deutschdemokratischen Mehrheits- und Regierungsbildung ergeben würde, durch das endgültige amtliche Wahlergebnis bereitstehen. Denn während noch dem vorläufigen Ergebnis die Sozialdemokraten und Deutschnationalen zusammen 49 Sitze gehabt hätten, denen

Erfolg der englischen Arbeiterpartei

rs. London, 16. November. (Sig. Drahtm.) Ein umfassender Bericht über das Ergebnis der englischen Wahlen liegt noch nicht vor. Es lässt sich jedoch bereits erkennen, dass die Arbeiterpartei als einzige einen starken Anwachs an verzeichneten hat, der die Arbeiterpartei zur zweitgrößten Partei des Unterhauses macht. Die Partei Lloyd George's schafft nicht so gut ab, als man erwartet haben dürfte. Die Partei Lloyd George's wird bei der Regierungsbildung das Gütingen an der Wage werden. Eine große Überraschung ist die Stärkung der konserватiven.

Die Frauen, die zum ersten Mal das Stimmenrecht ausübten, beteiligten sich außerordentlich stark an der Wahl. Das Gesamtergebnis bringt vorläufig eine Mehrheit von 35 Stimmen für Bonar Law über die andern Parteien. Bisher ist ein einziger weiblicher Kandidat aufgestellt worden. Am interessantesten Einzelheiten ist zu melden, dass der Führer der Arbeiterpartei, Clynes, mit 800 Stimmen Mehrheit wiedergewählt wurde. Ein zweiter Führer der Arbeiterpartei, Wilson, errang mit über 800 Stimmen einen Sitz in Westfield, den er einem Lloyd-George-Kandidaten abnahm. Interessant ist ferner, dass die Liberalen in Oxford einen Sieg erzielen. In manchen Wahlkreisen wurden nur mit geringfügigen Stimmen Mehrheit das Mandat von den konservativen behauptet. In einem Wahlkreis beträgt ihre Mehrheit nur 11 Stimmen.

London, 16. November. Neuer aufzog lagen um 8 Uhr morgens folgende Wahlergebnisse vor: Konservativen 162, Nationalliberalen 20, liberale 128, Arbeiterpartei 68, Unabhängige 6.

Die Times veröffentlichte eine Liste, wonach 149 Konservativen, 22 liberale Anhänger, 100, 22 liberale Anhänger, Lloyd George, 62 Arbeiterpartei, 2 Unionisten, 1 Genossen, 1 Unabhängiger und 1 Nationalist gewählt wurden.

Heute meldet um 8.30 Uhr: Da bis heute nach vorliegenden Ergebnissen hamen in der Hauptstadt aus den Städten und Industriegebieten. Die von der Arbeiterpartei erzielten Gewinne, die um 2 Uhr morgens 34 betragen, werden voraussichtlich heute, wenn die Ergebnisse aus den Provinzstädten und vom Lande vorliegen, keinen allzu großen Umfang mehr zeigen. In zahlreichen dieser Wahlkreise haben die Arbeiter keinen Kandidaten aufgestellt. Die bemerkenswertesten Siege erzielte die Arbeiterpartei im Bezirk von Glasgow. Bisher haben die Konservativen 7, die Nationalliberalen 1, die Liberalen 11, die Arbeiterpartei 34 neue Sitze gewonnen, diese vornehmlich in den Bezirken von Glasgow, Sheffield und Newcastle.

Asquith wurde gegen den Arbeiterkandidaten mit geringer Mehrheit gewählt, ebenso Bonar Law gegen den Arbeiter- und liberalen Kandidaten. Der Hauptkandidat der Unionisten Oberst Leslie Wilson wurde in Westminister von dem unabhängigen Konservativ geschlagen. Der frühere Schatzmeister Horne wurde in Glasgow wiedergewählt. Der Arbeiterführer Clynes siegte mit knapper Mehrheit über seine beiden Gegenkandidaten.

Neue Unruhen

Köln, 16. November. Auch in Sachsen ist es zu Unruhen gekommen. In fünf Gefilden wurde gebrüderlich. Der Motor in diesem Ort entwendete Gegenstände und auf ungefähr 70 Millionen Mark geschätzt. Auch zwei Güter waren gestohlen. Auf dem einen wurden 48, auf dem anderen 7 Schweine weggeschlagen. Außerdem 30 bis 40 Rentiere sterben und andre Winterschäden. In den Gefilden wurden die Einrichtungen zerstört, die Türen gesprengt und die Räume beschädigt. Es handelt sich bei den Plünderern um größtenteils ortstremende Personen.

nur 47 aller andern Parteien gegenübergestanden haben würden, liegt die Sache nach dem endgültigen Wahlergebnis so, dass Sozialdemokraten und Deutschdemokraten zusammen nur über die genaue Hälfte der Mandate verfügen, also über 48, denen 48 Mandate der Deutschnationalen, Deutschohlsparteier und Kommunisten gegenüberstehen. Auf derartige ungewisse Verhältnisse werden aber wohl auch die bürgerlichen Kreise, die in einer sozialdemokratisch-deutschdemokratischen Regierungsbildung einen Ausweg aus den Schwierigkeiten sahen, keine Regierung mehr aufzubauen wollen.

Die rein sozialdemokratische Arbeiterregierung, wie sie bisher bestand, war eine Wiederheitsregierung, die, wenn sie fruchtbringend arbeiten wollte, neben der selbstverständlichen Unterstützung der sozialdemokratischen Faktion auf die Hilfe anderer Gruppen angewiesen war. Dieser weniger ideale Zustand wird auch im neuen Landtag als ein sicherer Ausweg aus den Schwierigkeiten der Regierungsbildung kaum betrachtet werden können. Daher ist es zu begrüßen, dass von unserer Partei der erste entscheidende Schritt zu einer Vereinigung mit den Kommunisten zwecks Bildung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung getan worden ist, die sich allein auf eine sichere Mehrheit konzentriert und erproblich arbeiten könnte, vorausgesetzt natürlich, dass die Kommunisten genügend Sinn für den Unterschied zwischen Nationalliberalen und Regierungspolitik aufbringen und im Gefühl der Verantwortung, die die Regierung nun einmal zu tragen hat, das gegenwärtige Mögliche anstreben, ohne dass sie deshalb auf Zusatzforderungen verzichten brauchen. Ein solches gemeinsames Bündnis in einer sozialdemokratisch-kommunistischen Arbeiterregierung würde von höchstem Nutzen für das gesamte werktätige Volk Sachsen sein.

Donnerstag den 16. November 1922

Vossische Zeitung

Seite 3

Die Not der Wissenschaft

Deutscher Reichstag

vi. Sitzung vom 16. November, 8 Uhr nachmittags
Präsident Dr. Schröder seit mit, daß die österr. Gesandtschaft dem
Anlaß der Kundgebung für die Opfer des Erdbebens
geguckt hat.

Es folgt dann die Interpellation des Zentrum über die Not
der österr. Wissenschaft, die

Abg. Dr. Scheibler (Benz) begründet. Wie stehen vor einer
fiktiven Verarmung, die mit großer Besorgnis erfüllten muß
und die Ressortenleiter gleichzeitig in den Geisteswissenschaften
und in den Naturwissenschaften. Ausländische Bücher können kaum
angekauft werden. Ein englisches Buch über die Geschichte
der Augenheilkunde kostet z. B. 80.000 R. und würde, wenn
die Bibliothek es anschafft, die Hälfte ihres Etats verschlingen. Die
Bibliotheken haben einen Rückstand gemacht ungeachtet auf das
Jahr 1900. Die Öffentlichkeit beachtet viel zu wenig, wie sehr
in den Hochschulen an wissenschaftlichen Schriften und guten
Auswuchs Mangel leidet. Ein Teil von ihnen wandert in die
Industrie ab und geht der Wissenschaft vorenthalten. Nicht nur der
Student, auch sehr viele Privatdozenten erwerben jetzt ihren Lebens-
unterhalt durch Handarbeit bei Konsul- und Eisenbahnbauten, in
Festungen usw. Durch den Werkstudenten erhält die deutsche
Wissenschaft eine neue Belastung. Wer acht Stunden körperlich
arbeiten kann unmöglich in der Nacht studie und erfolgreich wissen-
schaftliche Arbeit leisten. Um all diesen Rüden der deutschen Wissen-
schaft zu begegnen, muß die Repräsentanz die der Wissenschaft
neuernden Staatsmittel bedeutend erhöhen.

Staatssekretär Schulz, fast in Beantwortung der Inter-
pellation: für die Volkgemeinschaft hat das Reich zunächst
10 Millionen bewilligt. Im Haushalt 1923 wurde die Summe ver-
hölt und durch einen Nachtragsetat werden weitere 40 Millionen
gesfordert. Bis zum 31. März hatte die Volkgemeinschaft bewilligt
an Deutungsführungen 10,7 Millionen, für Beschaffung von
Apparaten und Material 5,9 Millionen, an Spenden für Forstliche
usw. 1,2 Millionen. Dazu kamen noch verschiedene andre Aus-
gaben. Das Reich darf den von ihm beschäftigten Weg nicht wieder
verlassen, weil sonst die Gefahr unüberwindlicher Verluste ent-
steht. Für 1923 hat die Volkgemeinschaft 200 Millionen gesfordert.
Das Reichsministerium des Innern ist für die Wissenschaft bemüht,
jedemal die Finanzlage es gestattet. Sache des Königs ist es, den
Privatdozenten zu helfen. Für die Studentenhilfe sind 45 Millionen
zu Verfügung gestellt worden. Die Anregung zur heutigen
Erleichterung für die geistigen Arbeiter wird dem Finanzministerium
weitergegeben werden. Für die Volkgemeinschaft haben wir
5 Millionen im Etat bereitgestellt und hoffen, damit die deutsche
Kunst stehen zu können.

Die Verabschiedung der Interpellation wird beschlossen.
Nachst. Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. Tagessordnung: Vier-
tagssitzung. Besprechung über die Interpellation der Rot-
en Wissenschaft. Fortsetzung der Geschäftsaufnahme.

Schluß 5½ Uhr.

Regierungsrücksicht und Reparationen

Von auständiger Seite in Berlin wird erklärt: Der
Rücktritt der jetzigen Regierung berührt in keiner Weise das in
der Note vom 14. November an die Reparationskommission niederge-
legte Stabilisierungspogramm. Die Reichsregierung hat die
Note erst überreichen lassen, nachdem sie mit den Führern der bis-
herigen Koalitionsparteien, der Deutschen und der Bayerischen
Volkspartei eingehend erörtert worden war. Sie kommt
darauf, wie sie auch gefaßt sein möge, werde daher hinter
diesem Programm stehen müssen.

Die Times über die deutschen Vorschläge

Der Finanzredakteur der Times schreibt: Der Plan der
deutschen Regierung für eine Stabilisierung der Mark enthalte
gewisse Vorschläge, die ihn wahrscheinlich in seiner jetzigen Gestalt
für die Alliierten unannehmbar machen würden. Die Vor-
schläge bedeuten jedoch einen beträchtlichen Fortschritt
gegenüber jedem andern Schritte, der von der deutschen Regierung
zur Lösung der Währungsfrage bisher gemacht worden sei. Es sei
die erste praktische Anstrengung, die Deutschland gezeigt
habe, um die Wiederherstellung seiner Finanzen zu fördern. Nach
Anicht des Planchardateurs bestünden zwei Hauptwünsche gegen
den Plan, erstmals, daß der Plan von einem Moratorium für den
festen Zeitraum von drei bis vier Jahren abhänge. Die Sach-
verständigen hätten mindestens zwei Jahre vorgekehrt. Wenn
die Alliierten Deutschland ein Moratorium für eine endgültig fest-
gesetzte Zeit gewähren würden, welche Garantie hätten sie dann,
daß Deutschland seinen Stabilisierungspunkt wirklich durchführen
würde? Der Zeitraum des Moratoriums müsse dem Willen der
internationalen Überwachungskommission überlassen werden, die
sich in Berlin befinden und die deutschen Finanzen unter dauernder
Beobachtung halten müßte. Die Macht, das Moratorium zu beenden,
würde für die Alliierten die einzige Garantie einer Erfüllung sein.
Zweitens würde der Einwand gegen den Vorschlag erheben, daß
nur die Hälfte des Betrag der inneren Anteile für Reparations-
zwecken bestimmt wurde. Der Betrag, der für diesen Zweck veranschlagt
werden sollte, müsse dem Urteil der Kommission überlassen werden.

Dresdner Kalender

Theater am 17. November. Opernhaus: 2. Sinfoniekonzert Reihe B (7). Öffentliche Haupprobe (1½). — Schauspiel-
haus: Die Braut von Westling (7). — Neustädter Schauspielhaus: Stein Dorris (7½). — Residenz-Theater:
Madame Birti (7½).

Schauspielhaus. Sonntag (7½) wird die Geburtstags-
feier der österr. Wochenschrift "Schauspielhaus" durch eine feiste
Feste Veranstaltung eröffnet. Der Abend wird eingeleitet durch
ein vom Reiher-Quartett gespieltes "Adagio von Beethoven". Elisa
Stürzner und Robert Burg singen Kompositionen aus
Gebürtiger Gedichte. Erich Ponto läßt aus Gerhart Hauptmanns
grohem Roman "Der Rat in Karlsruhe" Emanuel Quint. Eine
Reihe von ersten Mitgliedern des Schauspielhauses reizieren
das bramatistische Fragment "Das österr. Schauspielhaus" wieder.
Das Kleine Theater ist ebenfalls vertreten. Zum Schluß spielt

Mitteilungen der Konzertdirektion Ries. In Stelle der
erkrankten Elisabeth Friederich singt Sonnabend und Sonntag
im Künstlerhaus 2. Karolino vom Residenztheater mit Otto
Märklin. Duette und Bilder aus alten und neuen
Operetten. Karl Bemelmus begleitet. — Tomato Sam-
fati und Alexander Demidoff vom Wohlauer
Pallotti geben ein lebhaftes Gastspiel Kreis 24. November (7½),
im Vereinshaus.

Beamtenakademie Dresden. Die Vorlesung von Professor Dr.
Schäfer über Gewaltkampf und Sozialstatistik fällt aus.

Kleine Mitteilungen

Auch eine Hauptmanns-Verhandlung. Der Ausschuß der Ger-
manischen Studentenschaft hat, wie das Berliner Tageblatt hört,
eine offizielle Beteiligung an der Gerhart-Hauptmann-
Ausstellungseröffnung soll dabei erläutert haben. Hauptmann habe durch
sein politisches Verboten das Vertrauen weiter Volksträume ver-
loren und tönen, da er Republikaner sei, nicht mehr als charak-
tervoller Deutscher gelten. — Der literarische Ausschuß am Wohlauer
Pallotti gewann dadurch, daß die österr. Akademie "Schauspielhaus", Februar
Vorles- und Schäfer, die bei jeder Führung eines Aktionsverbandes
auftraten, fehlten. Mit der Verhandlung ihrer Zurückhaltung haben
die "nationalen" Studenten nicht Hauptmann, sondern sich selber
gerichtet und unerbittlich gemacht. Der Dichter, dessen großes
Werka ja selbst die Geistige Armen nicht ausgleicht, wird auch für sie
ein gütiges vergangenes Lächeln haben.

Gefahren für die Wirtschaft

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Wirtschafts- und
finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates gaben die
Mitglieder ihrer Genehmigung über die Note des deutschen Regie-
rung vom 18. November an die Reparationskommission Ausdruck.
Man war allgemein der Ansicht, daß die Zeit bis zur Entschei-
dung der Reparationskommission nicht ungenügend bleibe
dürfen. Ein Vorschlag zur Eilprüfung der Mark kleinere
Wittel banknotenähnlicher Natur anzubringen, wurde dem zuständigen
Ausführung überwiesen. In der Bezeichnung über einen Vorschlag
den Preissteigerungen im Innland nach Möglichkeit entgegen-
zuwirken, wurde von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der In-
dustrie und der freien Berufe herausgehoben, daß die für gesetzliche
Preise erhöhung für Kohle (Kohle) und verkehrsentscheidende
Faktoren für die Wirtschaft außerordentlich gefährlich

von der ersten Million Mark des innerhalb eines Kalender-Jahrs
vereinbarten Entgelts auf 1½ v. H. für die nächste Woche
auf 1 v. H. für eine weitere Woche auf 1½ v. H. und von
darauf hinzu gehenden Sitzungen auf 2 v. H. zu ermächtigen
sollte ein Steuerpflichtiger mehrere Zeitungen oder Zeitschriften
heraus, so ist für eine Einmäßigung jede Zeitung und jede Zeitschrift
selbstständig zu beschließen. Diese Änderung soll zwirkende Kraft
vom 1. Januar dieses Jahres haben.

Für die Wahlpflicht

Nach einer Sitzung der Vossischen Zeitung ist dem
Reichstag ein deutschnationaler Initiativvorschlag zugegangen, der die
Reichsregierung auffordert, ein Reichsgesetz vorzulegen, wonach Wahl-
vertretungen bei den Wahlen zum Reichstag und zu den Volks-
vertretungen der Länder ihr Stimmrecht ausüben verpflichtet sind.

Die Anklage im Scheidemann-Prozeß

Leipzig, 18. November. Im Prozeß gegen die Lebhaber des
Anschlags gegen Scheidemann, der in der nächsten Woche vor dem
Strafsenat verhandelt werden wird, ist den beiden namhaftesten
Tätern jetzt die Anklage gestellt ausgestellt worden. Angeklagt sind
der 22 Jahre alte Kaufmann Hans Gustav aus Oberfeld und
der 19 Jahre alte Kaufmann Karl Oelschläger aus Althammer
bei Oelsnitz in Oberfranken. Gustav hat den Mordversuch ausgeführte
Oelschläger soll die Mäßigsten beschafft haben, die Gustav seinem
Opfer ins Gesicht spritzte.

Die neue Kreisverteilung in Thüringen 1922 ist vom Thüringischen
Statistischen Amt neu herausgegeben worden. Die überstaatlich ge-
ordnete Schrift enthält u. a. auch interessante Aufstellungen über die
Wanderungsführungen und Stabilisierungsbewegungen sofort Maß-
nahmen zu treffen, die eine gewaltsame Angleichung der Preise
für die Wirtschaft und Verkehrsmittel an die Macht nach ausländische
Bedarf zu verhindern geeignet sind. In einer Debatte über die
Gründungsfrage kam zum Ausdruck, daß zu übergroßen Besorg-
nissen keine Veranlassung vorliegt.

Aus aller Welt**Zehnmillionenbleistahl in der Reichsbank**

Berlin, 16. November. Beim Abladen von Geldbeuteln vor
der Reichsbank wurde gestern trotz starker Bewachung ein Dieb
gestoppt, der zehn Millionen Mark in Zehntausendmarkscheinen in
der Originalpackung der Reichsbankdirektion entstieh. Bislang ist es nicht
gelungen, den Verbleib des Geldes festzustellen.

Die Germanen an die Front

Durch die Presse wurde in diesen Tagen ein von der
Jenenser Klinikschwester geschaffener Vorschlag verbreitet, der verlangt,
daß bei den Vorlegerungen die ersten vier Bänke für rasse-
reine Germanen reserviert bleiben sollten. Man geht
wohl nicht fehl in der Annahme, daß hier eine ebenso bedauerliche
wie bezeichnende Überspannung von Rassenschau-
ungen vorliegt, die von allen ruhig und nüchtern denkenden
Volksgenossen als dem deutschen Rassinteresse zum überwunden
verurteilt wird. Der derzeitige Rektor der Universität Jena,
Professor Dr. Bauch, hat denn auch am schwargen Tag der
Jenischen Anfassen einen Antrag anbringen lassen, der ein
Wiedergabe des Rektors an den Rektor der medizinischen Fakultät
wieder gibt. Dieses Schreiben lautet:

"Eure Stabilität bitte ich, in allen medizinischen Insti-
tuten, am besten durch die Herren Direktoren, bekanntzugeben zu
lassen, daß Ausländer zwar ohne Blamanspruch zum Studium in
der medizinischen Fakultät aufgenommen sind, daß es aber rechtlich
unmöglich ist, die Blöde am Reichsangehörige nach Rassen-
gesichtspunkten zu verteilen. Die Herren Institutedirektoren
müssen Rassoverlebungen vorbeugen, da diese nicht allein für die
Beteiligten, sondern auch für die ganze Universität die nach-
teiligen Folgen haben müßten." — Dr. Bauch Rektor."

Die Jenenser germanische Klinik hätte diese Vorbering
vielleicht doch durchgedrückt, hätten sie darauf hingewiesen, daß je
jetzt auch in den Schulen gerade die blämsten und faulsten Schüler
ihrem Lehrer am nächsten zu führen pflegen.

Verbrecherjagd in Berlin

Berlin, 16. November. Heute vormittag gegen 10 Uhr wurde,
wie die S. B. am Mittag mitteilt, ein junger Mann von der Siedlungs-
strafe aus angeblich wegen Diebstahl verfolgt. Er drohte seine
Verfolger mit einem Revolver und verlor an der Weiß-
bammer Straße einen Chauffeur zu wingen, den weiter zu fahren und
nach etwa 10 Schüsse auf die ihn verfolgende Waffe ab. Eine
Beamte der Schuppenpolizei schoß nun auf das Auto. Der junge
Mann verlor dieses und wurde dann durch einen Schuß niedergedros-
sen, worauf er abtransportiert wurde.

Neueste Telegramme**Der Hunger in Rußland**

Ges., 16. November. Nach einer Mitteilung des Komitees
können müssen noch acht Millionen hungrige Menschen in Ruß-
land verpflegt werden. In dieser Zahl sind jedoch die sieben Pro-
vinzen des Hungergebiets, über die das von Malinin geleitete
Komitee noch keine Angaben hat, nicht eingeschlossen. Der ukrainische
Hauptwürgungsdistrikt willte mit, die Zahl der Hungers-
nöte in diesem Winter größer sein als im vergangenen. Wie über-
dies Ölstaat zugunsten des Hessischen Flüchtlings berichtet
wird, sind bereits 11.000 Flüchtlinge aus Woiwodina und Kaschau
nach Griechenland befördert worden.

Kjellin gestorben

Uppsala, 16. November. Der Professor der Staatswissen-
schaften an der Universität Uppsala, Dr. Kjellin, ist im Alter von
58 Jahren gestorben.

Der Dollar 7506,18

Berlin, 16. November. (Wittlich.)

	16. 11.	16. 11.	16. 11.	16. 11.
Deutschland	1 Gulden	2972,55	2957,45	2652,60
Dänemark	1 Krone	1521,18	1528,82	1518,78
Schweden	1 Krone	1986,00	2007,00	2009,98
Norwegen	1 Krone	1391,50	1398,50	1371,56
Österreich	1 lin. Mark	186,98	187,47	186,98
Spanien	1 Peso	1578,65	1588,45	1866,57
Generaldeutsch.	100 Pfennig	—	—	—
Italien	1 Lira	285,65	286,35	288,40
Griechen	1 Drachma	—	—	3,00
Belgien	1 Franc	463,98	468,17	458,85
Spanien	1 Peseta	1147,12	1162,98	1129,66
Italien	1 Lira	846,18	845,87	843,14
London	1 £. Sterling	8881,25	8892,75	8850,85
Frankfurt	1 Dollar	7506,18	7498,92	7588,79
Paris	1 Franc	498,75	501,25	496,74
Switzerland	1 Fr. 15	2748,15	2746,85	2718,20

Wolfsche Raten 47,60

zu Berlin, 16. November. (Sig. Drachim.) Am Dienstag
morgens drückt sich die Kurs Unschärfe in großen Schwankungen
aus. Der Dollar segte heute überparabolisch auf 7500 ein. Dafür
sich auf 8400 und ging gegen 10 Uhr wieder auf 7500 zurück. Im
Verlaufe der Woche sieht sich die Abwendung weiter durch und
droht den Dollar bis auf 7500 zurück. Das Gefüge war sehr ruhig
da die aktuelle politische Lage allgemein Kurzschaltung veranlaßt.
Auch die großen europäischen Börsenplätze meiden schwache Mar-
kte.

Wolfsche Raten der Wolfsburg, Gier, Egger und Göde

Wolfs	16.	16.	Wolfs	16.
Wolfs	—	15	Brandenburg	+ 57 + 58
Wolfs	+ 7	2	Weinfl.	+ 66 + 68
Gier	+ 15	2	Beitmerig	+ 80 + 78
Egger	+ 68	8	Wolfg.	+ 67 + 57



Beginn d. Vorführungen tägl. 4, 6 1/4 u. 8 1/2 Uhr

Erschienen in der
Berliner Illustrirten Zeitung

In den Hauptrollen: Lil Dagover, Aud Egede Nissen, Lya de Putti, Grete Berger, Frieda Richard, Ilka Grüning, Alfred Abel, Anton Edhofer, Karl Ettlinger.

Zu Ehren des 60. Geburtstages Gerhart Hauptmanns. Sein mit großer Spannung erwartetes Werk **PHANTOM**

im Film

Regie: F. W. MURNAU.

(1922)



Beginn d. Vorführungen tägl. 4, 6 1/4 u. 8 1/2 Uhr

Für den Film bearbeitet von
THEA VON HARBOUHast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig Dresden-Q.,
Pragerstr. 23

Für den Besitz von Angelkarten auf das Jahr 1922 im Bereich des II. Oberamtsbezirks ist eine neue Art Kündigung bis zur überlassenen Werte von nur 5000 Mark bis mit dem 31. Dezember 1922 werden verlängerte Annahmen bei der unverzöglicheren Stelle zum Zwecke der Vermerkung in der Zeit vom

11. bis mit 25. November 1922

werksam von 9-1 Uhr, entgegenzunehmen. Bei kürzerem Auftrag ist der Ankerbeiz für den die Karte gewünscht wird, bestimmt zu bestehen. Die Vorwürfe sind nur für einen kleinen Anzahl von Angelkarten für mehr als einen Überweser werden an einem Bewerber nicht ausgeschlagen. Die Gebühr für eine Karte ist nur 500 Mark, so daß für Schmiersteuerabrechnung, die sich als feste Ausgaben müssen, auf 100 Mark zu zählen, - es sind noch 50 Pf. Abrechnungsgebühr zu zahlen. So empfiehlt sich periodische Abrechnung; schriftliche Anträge müssen Angaben des Geburtsortes des Bewerbers enthalten. Kann die Vorwürfe noch vor der Ausgabe von Angelkarten festgestellt werden, müssen bestätigt werden, so erhält der Bewerber Abrechnung.

Am Montagmorgen der Angelkarten Ablösung sind durch die im vorherigen Jahr erhaltenen und später einer noch erweiterten Güterverteilung von Unternehmen nichts. Sie für die zur Zeit Dresden abhandelnden Angelkarten berechnet kann, können nur innerhalb der zu Beginn des Jahres 1922 gültigen innerstaatlichen Grenzen der Alten Provinz, nicht aber außerhalb der einzelnen Provinz und umfassen.

Staatliche Bauverwaltung Dresden,
An der Frauenstraße 12, Eingang links,
am 8. November 1922.

Gassebaude. Für den Monat November unter Verbandsregelung steht:

- 1 kwh Stromstrom ... 100 M.
- 1 kwh Stromstrom ... 100 M.
- 1 kwh Stromstrom ... 40 M.
- 1 kwh Stromstrom ... 80 M.

Die Poststellenberatungen passen sich verhältnismäßig dieser Regelung an. (b24)

Gassebaude am 15. November 1922.

Gemeindeverband für das Elektrizitätswerk „Gassebaude“.

Vom 14. November 1922 vorwähnungslos ist eine entstehende mit in der Südlichen Seite umfassende Stadt nach sehr schwerem Leben unter diese, gute, freudige Blätter. Schwieger- und Großmutter.

Frau Louise verw. Edler
geb. Herben
im Alter von 61 Jahren.

Die Tochter Trauer:

Alfred Huber und Familie.

Die Beerdigung findet Freitag den 17. November 1922 nachmittags 2 Uhr von der Halle des Johanniskreisels in Dresden-Tolkewitz statt.

Hobler u. Fräser
Vereinfacht

neuen Hobelstahl für dauernde Arbeit geliefert.

Dresdner Strickmaschinenfabrik

Dr. Friedrich & Witte K. G. 1119

Dresden, El. 28, Thorandter Str. 21-33.

Pa. Fleischsalat

meist mehrmals täglich ... 90 M.

la. Dresden, Blutwurst

lebhaft wie Morawella, 1/2 lb. 75 M.

ff. Leberwurst

Bei größerer Abnahme billiger. (b102)

Albin Löwe Antonsmarkthalle

Galerie 170 (Gefülltgetreid).

U.T. Licht-Spiele

Lucrezia Borgia

Frei nach der Historie und dem gleichnamigen Roman von Harry Sheaff

7 Akte von Harry Oswald.

Liane Haid, Lydia Salmonowa, Paul Wegener, Albert Bassermann, Conrad Veidt, Lothar Müthel.

Wochentage und Sonntage 4, 6 1/4 und 8 1/2 Uhr.

(b25)

BELVEDERE

Oskar Wehle — Käthe Loisac
Maria Einödhofe — Else Mau
Leonid Gorney — Alice Politz
Wagemann — Stanislawsky

Unterer Saal (Täglich 4-7 Uhr):

Heinz-Elber-Künstler-Konzerte.

Große Konferenz- und Festäle

für Familienfeste und gesellschaftl. Veranstaltungen.

Ball-Anzeiger

für Freitag den 17. November.

Bürgergarten

Lübecker Straße 16

Straßenbahn-Linien 7, 13, 22

Moderne Ballmusik.

Eldorado

Steinstraße, Ecke 1, 5, 12, 18, 20

1. Rang: Wein — Abteilung I

Bühnenläufe — Tanzbahn.

Tanzed — Tanzbahn.

Paradiesgarten

Dresden-Borsigstraße

Tanzfläche — Wohltätigkeitsball.

Reichshallen

Palmstraße 18, nahe

Tanzmarken —

Watzen

Tanzpalast Ein Fell

Leipziger Straße im Märchenland

Linien 19 u. 18 2 Ravelen.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn

von Wilh. Kell

Mit neuester Erklärung ... 10.00 M.

Neueste Erklärung einzeln ... 2.50 M.

Volksschulbuchhandlung und Filialen.

Direkt am Postplatz

vis-à-vis der Hauptpost. Ecke Annenstraße, im Staatsenhaus der Firma Götz,

haben Sie günstige Gelegenheit

Brillanten, Perlen, goldne Uhren, Ketten, silberne Löffel, Bestecke, Schnegel, Schalen, Zigarettenetuis, alte künstl. Gebisse, Brücken, Platin, Brennstoffe zu verkaufen. Seine Bedeutung. Strenge Disziplin. Straßenbahngewerkt.

Herrmann Thomaschke

seit 1878 am Uege

Torator Platz am Hause.

Säcke

u. Packleinwand

gebraucht, auch gereinigte kleine und große Säcke

Kaufhausfachaufsätze

Ziegelseite 65

Telefon 27900

(b25)

Sackgasse 2.

Extrastärke

Dauerwäsche

St. Wenz.

Schwergasse

2.

Sehr billiges Geschäft

in Mahnstraße

Inf. da. Stoff u. Spitzen

Eleg. Kleidung 14000

Mantel 14000

Mieder 13000

Wäsche ohne Sonderma

art. Zahlungserleichterung.

Verkaufsstellen: Damens

moden, Ausstellung 12, 13.

Sonne und Glück

Anzeige. Sonnen-

Glocken 11.11.11.

Sie noch billig nur

Fremde 11.11.11.

Kandel. Neue

Glocken 11.11.11.

direkt in d. Brunnstr. 11.

bekannt als streng

reelle Aufzugsstelle.

Sonne - Räder

neue

Glocken 11.11.11.

Sonne - Räder

Donnerstag den 16. November 1922

Bezirksausschuss Dresden-Niedstadt

Sitzung vom 15. November 1922
Auf der Tagesordnung stand eine Vorlage der Amtshauptmannschaft über

Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung von Kleinrentnern.

Nach den Ausführungen des Bezirkstellers, Regierungsrates Dr. Gr. h. sind der Kreishauptmannschaft Dresden für die zweite Hälfte des laufenden Kalenderjahrs vom Monat 7.2 Millionen Mark für Zwecke der Kleinrentenfürsorge überwiesen worden. Diese Summe ist auf die einzelnen amtsbaupräfekturlichen Bezirke zu verteilen. Bedingung einer solchen Zuweisung ist jedoch, daß der Bezirk die Hälfte der Summe, die ihm zu überweisen wäre, aus eigenen Mitteln für den gleichen Zweck aufzuzeigen. Auf den Bezirk Dresden-Niedstadt entfallen 666.588 M., so daß der Bezirk rund 300.000 M. zuguteziehen hätte. Ein Viertel von diesen Bezirksumsätzen soll von den Gemeinden eingezogen werden. Der Kreishauptmann hat mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit eine Auskunft gegeben, welche später beraten werden. Bei dieser Gelegenheit wurde noch mitgeteilt, daß ein Menschenfreund dem Amtshauptmann 10.000 Mark zur Verfügung gestellt hat. Der Beitrag wurde den Bezirksteller überreicht, um in Hülle und Fülle besonderer Not schnell eingehen zu lassen.

Durch einen Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Niederdörrnitz wird die Grundsteuer von 8, 18 und 24 M. auf 10, 24 M. u. steigend bis zum Höchstbetrag von 7880 M. erhöht. Der Nachtrag wurde genehmigt.

Die Bevölkerungssteuerordnung enthält bis jetzt die Feststellung, daß der Steuer nur solche Fremde unterliegen, die sich bis zu drei Monaten in einer Gemeinde des Bezirks aufhalten. Mit Rücksicht darauf, daß demnach diejenigen Fremden, die sich länger als drei Monate aufzuhalten, steuerfrei zu bleiben hatten, obwohl es sich hierbei gerade um die finanziell leistungsfähigsten Kreisgruppe handelt, hat der Bezirk aus einer Befristung überzeugt, daß die Mindestsumme, die auf diese Kreisgruppe abzuziehen wären, die Wiedergabe eines Monatsbetrags erfordert. Infolgedessen darf dort aus Verletzung und M. gestohlenen Sachen nichts, fiktiv, galt. Sogar am Sonntagmorgen hat 10 Uhr vor Wohnung in einem marinen, ein blauer Ledersamtvertrag vor Ankunft

ausgestellt. Die Auskunft wurde mit Rücksicht auf die Auswirkungen auf die Bevölkerungssteuerordnung entgegengesetzt abzulehnen. Das Ministerium hat dagegen aber doch gewisse Bedenken gehabt, indem es durchblättern ließ, daß es gegen eine Ausdehnung der Frist auf sechs Monate nichts einzubringen habe. Der Bezirkssatzung hat nunmehr beschlossen, die Feststellung der Steuerordnung entsprechend abzudrücken.

Ausgestimmt wurde eine Erhöhung der Verpflegungsfeste für den Anfall: Leuben von 88 auf 125 M. für die Bevölkerungsgemeinde. Hand in Hand geht damit eine entsprechende Erhöhung der Soße für die anderen Gemeinden. Endlich wurde noch ein Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Liegau genehmigt, wonach zur Bevölkerungssteuer ein 100%iger Aufschlag erhoben und weiter die Musikinstrumentensteuer ganz wesentlich erhöht wird.

Gewerkschaftsbewegung

Allständige Arbeitgeber

Es gibt wohl unter den Kreisen der Arbeitgeber kaum eine Gruppe, die ihr Personal so ausbeutet und mit so niedrigen Löhnen absetzt, wie die privaten Fabrikanstalter und Leiter in Dresden, sowohl sich gerade diese Geschäftsräume ein sehr angenehmes Leben machen, das sie meist mehrfache Haussitzer sind. Eine Verhandlung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der zentralen Arbeitnehmerorganisation lehnt der Verband der Fabrikanstalter an, um auch die einzelnen Fabrikanstalter runderdig und auch die Löhne jedesmal durch den Schlichtungsausschuß festgesetzt werden müssen.

Gang besonders beachtenswert ist die Handlungsweise des Herrn Fabrikanstalters Kubasch in Dresden-B. Bürgerstraße 88, der es festig gebracht hat, seinen Bediensteten, der seit Jahren bei ihm beschäftigt ist, zu entlassen, weil er den vom Schlichtungsausschuß ab 1. Oktober festgesetzten Lohn (3800 M. die Woche) verlangte. Kubasch hat dem Bediensteten 2000 M. die Woche; wenn er nicht dafür arbeiten wolle, würde er entlassen. (Nebenbei noch bemerkt, daß es Fabrikanstalters gibt, die noch weniger bezahlt haben, und es muß einem nur wundern, daß sich die Arbeitgeber nicht schämen, einen derartig niedrigen Lohn anzubieten.) Der Hauptgrund der Entlassung ist aber der, daß der Schwiegervater von Kubasch, der Bedienstete Fischer, den Dienst als Bediensteter verloren hat.

Bezeichnend ist noch, daß der Lohn von 3800 M. ab 1. Oktober erst eingezahlt werden mußte. Eine Aushebung der Kündigung war nicht zu erreichen. Der Vorsitzende des Gewerbegebiets B. unterstellt die Kündigung des Bediensteten langsam die Gewerkschaft gar nichts unternehmen. Die Not und das Ende, in dem sich die Arbeiterschaft befindet, stört die Herzen nicht. Im Gegenteil, Herr Kubasch, Besitzer von drei Häusern, wurde vom Vorsitzenden genehmigt, daß er bis 15.800 M. zu wenig gezahlten Lohn in fünf Monaten bis Ende November bezahlen kann, obwohl von dem Verteiler des Verbandes geltend gemacht wurde, daß sich der Verteilende Ende November für die lumpigen paar Mark überhaupt nichts mehr laufen könne.

Der Fall zeigt deutlich, daß alle Kreise der arbeitenden Klasse nur die Bediensteten beladen sollten, die organisierte Personal sind ohne weiteres zu meiden. Die Arbeiterschaft kann sich keinen leisten, wenn es sich organisiert und den zufriedenen Lohn verarbeitet hat.

Die Löhne der Landarbeiter

Die am 14. November im Landesföderalrat stattgefundenen Verhandlungen für die Landarbeiter des Staates Sachsen haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Der Spindelstundensatz beträgt ab 1. November für das Tarifgebiet Dresden 1. Zone, 84 M. für Männliche und 32 M. für Weibliche; im Tarifgebiet Leipzig 66 M. für Männliche und 28 M. für Weibliche; im Tarifgebiet Lausitz 50 M. für Männliche und 28 M. für Weibliche. Die Sätze gelten für den Bereich der jeweiligen Kreishauptmannschaft. Die Kreishauptmannschaften Monatslöhne werden ab 1. November gegenüber den September-Löhnen um 1. November gegenüber den September-Löhnen in den oben angegebenen drei Tarifzonen um 100 Prozent erhöht. Die Arbeitgeber erkennen die für Oktober gefallene Abrechnung für Dresden, Leipzig und Lausitz mit der Monatslöhne gegenüber den September-Löhnen um 70 Prozent erhöht werden.

Für das Tarifgebiet Chemnitz sowie das Vogtland behielten sich die Arbeitgebervertreter ihre Stellungnahme vor. Dort sollen nach dem Freitag oder Sonnabend die Verhandlungen beendet geschehen.

Das Kommen wurde von beiden Seiten angenommen.

Massenkündigungen in der Zigaretten- und Süßwarenindustrie.

Der Handelsverband der Zigaretten-, Ortsgruppe Dresden, besteht für Montag den 20. November, abends 7 Uhr, eine Sachkunderversammlung nach dem Eldorado, Steinstraße, e.V., in der u. a. Stellung zu den Massenkündigungen der kaufmännischen Angestellten in der Zigarettenindustrie genommen werden soll.

Am Dienstag den 21. November, abends 7 Uhr, findet im Löwenbräu, großes Feierzimmer, Radrennenversammlung für die Angestellten in der Süßwarenindustrie statt. Es wird u. a. Stellung zu den Massenkündigungen in der Süßwarenindustrie genommen. Vollständiges Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht.

Der Schiedsgericht in der Süßwarenindustrie der von den Arbeitnehmern eingesetzten ist, ist zum Demobilisationskommissar für verbindlich erklärt worden. Die errechneten Gehaltsätze sind zum Preise von 5 M. in der Geldkassette des Betriebsverbandes der Angestellten, Ribbenstraße 6, Schriftstück zu haben. Bei Auswendung durch die Post ist Rückporto beizugeben.

Aus dem Wirtschaftsleben

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. November ist wieder eine starke Steigerung des Notenumlaufs eingetreten, und zwar sind 47,8 Millionen Mark Banknoten neu ausgegeben worden, während der Umlauf an Darlehnschaffensscheinen um 65,9 Millionen Mark zurückgegangen ist. Der gesamte Notenumlauf beträgt zur Zeit 517 Millionen Mark, zu denen noch 14 Millionen Mark Darlehnschaffensscheine kommen. Die starke Zunahme des Papiergeldumlaufs hat die Reichsbank veranlaßt, ihren Wechselbestand, der am 29. September von 6 auf 8 Prozent festgesetzt war, auf 10 Prozent zu erhöhen. In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank wurde der Vorschlag dieser Maßnahme auf 10.000.000 M. zugestimmt hätte. Ein Viertel von diesen Vorschlägen hätte von den Gemeinden eingezogen werden. Der Amtshauptmann hat mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit eine Auskunft gegeben, welche später beraten werden. Bei dieser Gelegenheit wurde noch mitgeteilt, daß ein Menschenfreund dem Amtshauptmann 10.000 Mark zur Verfügung gestellt hat. Der Beitrag wurde den Bezirksteller überreicht, um in Hülle und Fülle besonderer Not schnell eingehen zu lassen.

Die starke Nachfrage der Reichsbank

eingewiesen. Der Bestand der Reichsbank an Reichsbanknoten beträgt 511 Millionen Mark, während der Bestand der geschmolzen ist. Während noch vor wenigen Monaten vom Handelswechsel nur wenig Gebrauch gemacht wurde, hat sich infolge des starken Bedarfes, den die Leistung verschuldet, der Handelswechsel in großer Höhe eingebürgert. Es ist nicht anzunehmen, daß durch die Erhöhung des Reichsbanknotenlimits vorläufig ein weiteres Anwachsen des Notenumlaufs verhindert wird, noch immer ist unter Papiergeldumlauf noch nicht entfernt in dem Maße gestiegen wie der Devisenluxus und das ganze Preisniveau. Während

sorglosigkeit gestiegen sind. Ein Doppelagentur Baumwolle kostete am 2. Oktober 982,80 M. am 4. November aber bereits 3728 M. Die Folge ist eine Panikstimmung auf dem Baumwollmarkt, von einem Ansehbarer Baumwollmärkte kann kaum noch die Rede sein. Lieferungsgeschäfte werden nicht abgeschlossen und Vorräte werden nur zuphantastisch fast ungabare Preise angeboten. In die größten Schwierigkeiten kommen auch die Webereien, die nicht genug Mittel zum Anfang von Rohstoffen haben. Sie müssen entweder ihren Betrieb einschränken oder in Lohn für ausländische Webereien arbeiten.

In dem Geschäftsbericht der Harpener Bergbaugesellschaft wird lebhaft darüber gellagt, daß

die Arbeitsleistung

zurückgegangen sei. Der Förderanteil für Mann und Schicht der ganzen Grubenbelegschaft sei gegen das Vorjahr ansteigend zurückgegangen, er beträgt im Mittel des Geschäftsjahres bei einer Grubenbelegschaft 0,608 M. gegen 0,626 M. im Vorjahr. Das sei eine Wiederholung von 1921. Der Vertrag weist darauf hin, daß die fast allmonatlich wiederkehrenden Lohnverhandlungen ungünstig auf die Förderung wirken. Darüber, welche andere Maßnahmen noch an dem Rückgang des Förderanteils mitwirken, ist nichts gesagt, es darf natürlich aus der bloßen Tatsache, da der Förderanteil zurückgegangen ist, nicht geschlossen werden, daß die Arbeiter jetzt fauler sind als früher. In den Bergwerken ist die Förderung sehr stark von dem Zustand der Bergwerke und von der Zusammensetzung der Arbeiterschaft abhängig, besonders davon, wie groß die Zahl der Hause ist.

Wie bereits berichtet worden ist, hat Stinnes einen größeren Bruttogehalt der Alten der Berliner Handelsgesellschaft erworben. Dieser Vorgang hat beträchtliches Aufsehen erregt und es werden nun in einigen Banken Maßnahmen vorbereitet, um eine sogenannte Überstreuung

unmöglich zu machen. Bei der Mitteldeutschen Creditbank soll das Kapital mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an um 330 Millionen Mark auf 500 Millionen Mark erhöht werden. Davon sollen 170 Millionen Mark im Verhältnis 1 zu 1 den alten Aktionären zu einem Kurs von ungefähr 800 Prozent angeboten werden, 30 Millionen sollen auf der Börse frei veräußert werden, 180 Millionen sollen an ein der Verwaltung nachstehendes Konsortium übertragen werden, das diesen Vertrag zur Erfüllung der Gesellschaft hält. Gerner ist die Ausgabe von 10 Millionen Mark Vorgangsdaten geplant, die nur zu 25 Prozent eingezahlt und mit 4 Prozent verzinst werden, aber ein 15faches Stimmrecht erhalten. Auch bei der Commerz- und Privatbank soll eine Novitätsverhöhung vorgenommen werden und auch dort will man bei dieser Gelegenheit Vorgangsdaten

ausgestellt, eine

Goldschlackenhandelsstatistik

aufzustellen, die allerdings auch nicht als unbedingt zuverlässig angesehen werden kann. Nach dieser Statistik ergibt sich folgendes Bild der Ein- und Ausfuhr in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 1922 (in Millionen Goldmark):

Einfuhr	Ausfuhr
Juli	684,8
August	545,1
September	421,8

Die Statistik zeigt, daß die Handelsbilanz im letzten Jahrzehnt

drei Monaten im hohen Grade passiv gewesen ist und für die ersten neuen Monate ergibt sich eine Passivität der Handelsbilanz von rund 135 Millionen Goldmark. Ob sich auch eine solch hohe Zahl ergeben würde, wenn die Auflösung einer zuverlässigen Statistik möglich wäre, kann niemand mit Sicherheit sagen, aber es kann kein Zweifel daran sein, daß es um untere Handelsbilanz sehr kostspielig bestellt ist. Der Wert nach der Einfuhr im Monat September 483 und die Ausfuhr 15,9 Millionen Doppelagentur. Gegenüber dem Vorjahr hat die Einfuhr um 15, die Ausfuhr um 1,8 Millionen Doppelagentur zunommen. Gestiegen ist besonders die Einfuhr von Rohstoffen, Rohstoffen und Nahrungsmitteln. So weist die Rohstoffeinfuhr eine Zunahme von 1 Million Doppelagentur auf. Es sind im ganzen 18,8 Millionen Doppelagentur Kohle im September eingeschüttet worden, während die Ausfuhr nur 1,02 Millionen Doppelagentur beträgt. Für Reparationszwecke sind zirka 7 Millionen Doppelagentur Steinkohle, ansonsten 6 Millionen Doppelagentur Rötelkohle und 550.000 Doppelagentur Braunkohlenkoks ausgeführt worden. Die große Rohstoffeinfuhr, durch die untere Handels- und Zahlungsbilanz so stark belastet wird, ist notwendig, weil so große Mengen Kohle an die Entente abliefern müssen. Vom Lieferanten eine große Verschwendungen hat, weil sie dazu führen, daß Kohle unmöglich hin- und hergefahren wird.

Wie bereits mehrfach mitgeteilt worden ist, ist

die Krise

für das Getreide in diesem Jahre fast schlecht ausgefallen. Bei Getreide, Meisen, Roggen und Spelt wird für Preisen der Getreideverwertung etwa 494.825 Tonnen geschüttet gegen 506.729 Tonnen im Jahre 1921, ein Rückgang von 21,8 Prozent. Die Gefahren, die infolge des schlechten Ernteausfalls der Vollversäumung drohen, werden dadurch etwas gemildert, daß wir eine sehr gute Haftrechtslage haben. Es wurden in Preußen 27 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet gegen 18,8 Millionen Tonnen im Vorjahr, was 40,8 Prozent bedeutet. Die Haftrechtsbemerkung ist um 44,9 Prozent gestiegen als im Vorjahr und die Haftrechtsbemerkung um 44,9 Prozent. An Kartoffeln haben wir eine Krise zu verhindern, wie sie nur in den besten Jahren der Vorkriegszeit erzielt wurde. Pro Ketteler wurden im Durchschnitt in Preußen 149 auf Liste vom 21. August 1922 wurde der Getreideaufschlag von 90 Prog. auf 151 M. auf 80 Prozent, am 8. September auf 45 Prozent erhöht. Der Weltmarktpreis für dieses Nahrungsmaterial hat sich somit mehr als verdoppelt. Zur überschlagsfähigen Kontrolle des Rübenmarktpreises kann man folgende Berechnung anstellen: Bei einem Dollarstand von 2000 ist der Koeffizient der äußeren Geldentwertung etwa 470; verdeckt ist man diesen mit 2, um den Verdopplung des Friedenskriegsmautpreises des Rübenmarkts gerecht zu werden, so ergibt sich eine 940fache Friedenspreissteigerung für das Rübenmarktwaren während der höchsten Rübenmarktpreise ist, wie oben errechnet, das 740fache Betrag. Da diese überschlagsfähige Kontrollmethode ohne Zweifel Fehlerquellen enthält, wurden eingehende Erhebungen der Getreideabfertigung ange stellt, die ebenso ergaben, daß die Preise für Rübenmarktwaren nicht als übermäßig hoch bezeichnet werden können. Die Rübenmarktforschung ist im übrigen auch den Dollarbewertungen nach unten ohne Objekt gefolgt: am 31. August 1922 wurde der Getreideaufschlag von 90 Prog. auf 151 M. auf 80 Prozent, am 8. September auf 45 Prozent erhöht. Die seitdem vorgenommenen Geldentwertungen lassen sich durch die weiter fortgeschrittenen Geldentwertungen erklären.

des Streiks im rheinischen Industriegebiet zwischen den drei Metallarbeiterverbänden und dem Unternehmensverband an einer Einigung über die Röderer Erlöse. Eine Funktionärsversammlung in Düsseldorf lehnte darauf die Proklamation des Generalstreiks ab.

Guter Rat.

Eine Geschichte für Jung und Alt.

Sie wollte zur Nacharin geben; vielleicht würde die einen Rat. Denen siebotet die jüngste Strophe der Nacharin. Mit und Jung lab gerade bei sich und ließ es sich gut hören.

„So kommt sie nicht mehr, da sie die Melone einmal so essen würden.“

„So“ sagte die Nacharin, „denn kommt es immer; sie wollen aber nicht anders mehr als Vorher.“

„Kennen Sie Gorat's Kinder- und Kindernahrung nicht? Das ist die Kinderkost für Jung und Alt in jedem Kinde frischen Lagen; sie kommt vorzüglich und ist nobel, ergiebig und billig.“ Den Großvater,

„So sprach bald die Nacharin.“

II 30

Formamint

-Tabletten

vernichten die Bakterien in Mund und

Rachen und gewähren

Schutz vor Ansteckung

Großhandel. Der Dentalverband der Angestellten schreibt und: Das Arbeitsministerium macht uns darauf aufmerksam, daß die Resolution der Angestellten, die unter den allgemeinen Dresden-Großhandels-Kontaktverträgen, infowies nicht den Tatorten entspricht, als in dieser Resolution von der Stellungnahme des Arbeitsministeriums gesprochen wird. Nach den jetzt eingegangenen Erklärungen ist der Tatsächlich untauschbar nicht auf Konstitution des Arbeitsministeriums zusammengetreten, sondern der unverbindliche Wortgebot, der Regierungskanzlei Pariser, ist von den Mitgliedern Beiträgen des Schiedsgerichts gewollt worden und hat in dieser Eigenschaft nicht als Vertreter des Arbeitsministeriums, sondern als Privatperson gewollt, so daß der Vorwurf, der gegen das Arbeitsministerium gerichtet worden ist, insoweit infowies ist.

Die rheinische Streikbewegung. Nach dem Vorwurf kam es gestern wieder in Essen bei den Verhandlungen über die Beilegung

erst unter der Polizei aus. Wie eine Hand hält ihn Dr. Winterhalter, Grinduna D. R. V. von unten nach oben überdrückt. Ohne Feder, Dr. St. Groß, schreibt: für die Männer ihr mein Kind und mich meine volle Aufmerksamkeit. Sie liegen sehr gut und sind bei nichts hinderlich, man merkt es nicht mehr, daß man ein Band trägt. Bitte lenden Sie mir ein Band nach Wiss. Dr. Winterhalter & Co. in b. D. Delle. G. Ein im Hotel Stadt-Berlin in Dresden-Dreieck den 17. November, um 8 bis 7 Uhr.

Berantwortet für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Moersmann; für Sachen u. Gewerbelebenswelt: Paul Barthel; für Stadt- und Landespolitik: Franz

